

Verlag: Dr. W. Deeg, Dresden

Verlag: Dr. W. Deeg, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Dr. W. Deeg, Dresden

Verlag: Dr. W. Deeg, Dresden

Brüning will helfen

Konferenz mit den Vertretern Sachsens über die sächsische Wirtschaftsnote

Am 5. und 6. März

Dresden, 2. März.

Reichshauptkammer Dr. Brüning hat an die zuständigen Stellen Einladungen zu einer Besprechung in der Reichshauptkammer für den 5. und 6. März ergehen lassen...

Das Material, das in der Chemnitzer Rundgebung 'Sachsen braucht Arbeit' der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist, wird die Grundlage der Besprechungen bilden...

Birch vor dem Reichstag

Berlin, 2. März.

Die Reichstags-Sitzung beginnt heute wieder um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des Etats des Reichsinnenministeriums in Verbindung mit dem hierauf vom Reichstag verabschiedeten Gesetzentwurf gegen Waffenmißbrauch...

ständig bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe und das Mißführen solcher Waffen bei politischen Versammlungen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Reichsinnenminister Dr. Birch will sich in seiner Etatsrede ausführlich mit der nationalsozialistischen und kommunistischen Agitation beschäftigen...

Der Volkstrauertag

Berlin, 2. März.

Am Sonntag Reminiscere wurde, wie alljährlich, in Gottesdiensten und Gedenkfeiern der im Weltkrieg Gefallenen gedacht. Der im Reichstag abgehaltenen Gedenkfeier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge wohnten Reichspräsident v. Hindenburg und Reichshauptkammer Dr. Brüning bei...

Luther zum Messebeginn

Bemerkenswerte Ausführungen zum Problem der Reparationen

Leipzig, 2. März.

Die Frühjahrsmesse ist am gestrigen Sonntag eröffnet worden. Wir berichten darüber eingehend im Innenblatt und im Handelsteil. — Am Abend des ersten Messetages erörterte Reichsbankpräsident Dr. Luther im Rahmen eines Presse-Empfanges über die wirtschaftlichen Probleme, unter deren Zeichen die Messe steht...

Die Reparationszahlungen sind die politische Zahlungsform der Welt. Die deutschen Reparationszahlungen laufen gewissermaßen bergauf; denn sie werden nicht durch den wirtschaftlichen Bedarf geregelt, sondern mit politischem Druck in wirtschaftsverkehrte Richtung gelenkt...

Eine ernste Semnung für die freie Marktwirtschaft bilden aber die politischen Zahlungen. Die politischen Zahlungen Deutschlands, die die ganze Welt durchlaufen, untergeben den auf freie Wirtschaft eingestellten Organismus der Welt. Die deutschen Reparationszahlungen laufen gewissermaßen bergauf...

Eine Voraussetzung des Youngplans sei die Ausfuhrsteigerung und dafür wieder die Vorbedingung, daß man sich nicht gegen die Abnahme der deutschen Waren stemme. Die Reparationsverpflichtungen wirken bisher genau in der umgekehrten Richtung...

So könne nicht Aufgabe des Reichsbankpräsidenten sein, aus diesen Erkenntnissen Entschlüsse für die praktische Politik herzuleiten. Nur die Reichsregierung entscheide, ob, wie und wann sie diese Fragen zu neuer Erörterung stellen will...

auch gefordert werden würden. Deutschland werde sich immer von der Genügnung des ehernen Konsumismus leiten lassen. Deutschland gehe in gar keiner Weise damit um, unter welchen Umständen auch immer, privatrechtlich begründete Zahlungen oder Zahlungen an Private einzustellen.

Wohl bei allen Sachverständigen sei bei Abschluß des Youngplans die Forderung vorhanden gewesen, daß die Tatsache dieses den Dawesplan abfolgenden Reparationsabkommens der Weltwirtschaft einen neuen Antriebs geben werde. Die wirtschaftliche Entwicklung habe dieser Forderung in gar keiner Weise entsprochen...

Die deutschen Industriellen in Moskau

Moskau (über Kowno), 28. Februar.

Die in Moskau eingetroffenen deutschen Industriellen hatten am Sonntag Besprechungen mit dem deutschen Botschafter insbesondere über den Plan der Studienreise. Am Sonntag sollen die Industriellen vom Außenkommissar Litwinow und Kremlinist empfangen werden.

Auf dem allrussischen Rätekongreß, der am Donnerstag in Moskau eröffnet wurde, hielt als erster Berichterstatter der Moskauer des Rates der Volkskommunisten Großrußlands Sulinow seine Programmrede über die politische Lage. Er ging davon aus, daß der Fünfjahresplan auch weiterhin die Hauptaufgabe der Sowjetregierung bleibe...

Depression und Demokratie

Die Wirtschaftskrise als Probe auf eine Staatsform.

(Von unserem Vertreter.)

„Es wird die Probe auf die Demokratie sein, ob ihre Führer den Mut haben werden, ihrer Gefolgschaft die Wahrheit zu sagen.“

Schaffkötter S. N. O. W. E. N.

F. A. K. Ist ein demokratischer Staat fähig, Rückschlüsse zu ertragen? — Die Frage steht in ihrer vollen Tragweite erst heute zur Beantwortung. Die moderne Demokratie hat bisher von der Erwartung gelebt, daß die Zukunft besser sein werde als die Gegenwart...

In allen Staaten, die zu einer Abdrückung ihrer öffentlichen Aufwendungen gezwungen waren, hat denn auch seit einem Jahre eine Krise der parlamentarischen Institutionen eingesetzt. Diese ist nicht als eine beiläufige Begleiterscheinung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu betrachten, sie enthält einen grundsätzlichen Konflikt...

Für die veränderte Bedeutung des Staatshaushaltes gibt England ein besonders durchsichtiges Beispiel. Als England nach dem Kriege das allgemeine Wahlrecht einführt und damit erst die demokratische Staatsform voll übernahm, zeigten sich zunächst keinerlei besondere Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Konjunktur der Nachkriegsjahre gestattete es, die öffentlichen Ausgaben in bedeutendem Maße zu erhöhen...

Dieser veränderten Konjunkturlage mühte — wenn sie auch nicht allein und nicht einmal in der Hauptfrage durch die öffentlichen Aufwendungen entstanden ist — in der Gestaltung des Staatshaushaltes Rechnung getragen werden. Aber so leicht und mühelos sich sein Niveau gehoben hatte, so schwer ist es nunmehr zurückzukehren...

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a list of contents.

Jugen erzittern und in allen Parteien Sezessionsbewegungen auftreten.

In dieser Rückwirkung auf das festeste demokratische Staatsgebilde der Welt zeigt sich, daß es sich hier um eine entscheidende Frage der Demokratie handelt: In welchem politischen Verhältnis stehen Wahrheit und Mehrheit — lassen sich Mehrheiten auch auf einen Beschluß zur Beschränkung vereinigen? — In dem Widerstreit der Gefühle, der heute das Unterhaus und vor allem die sozialistische Regierungspartei bewegt, zeigt sich deutlich die Schwere dieses inneren Konfliktes. Die Volksvertretungen sind als Anwälte ihrer Wähler groß geworden, nicht als Anwälte der Staatsinteressen. Eine Partei wie die Labour-Party bringt zudem noch die volle Tradition der Gewerkschaften mit, aus denen sie hervorgegangen ist. Sie betrachtet es als ihre besondere Leistung, daß eine Bevölkerung, von der nur 2 1/2 Millionen aus 39 Millionen einkommensteuerepflichtig sind, heute unter Versicherung- und Fürsorgegesetz steht. Als Partei ist sie gewohnt, den Staatshaushalt in erster Linie als Regulator der Einkommenverteilung zu sehen. Soll sie jetzt, wo sie Regierung geworden ist, sich in einen Spartkommissar verwandeln? Und die gleichen Hemmungen stellen sich dem Parlament als solchem entgegen, in allen seinen Parteien. Sie haben jahrhundertlang zur Regierung hin plädiert und um die Mehrheit im Volke gewonnen. Heben sie jetzt ihre Existenzberechtigung nicht auf, wenn sie zu „Staatsanwälten“ werden, und sie mit ihrem Mehrheitsbesitz nicht wesentlich an eine Art oppositioneller Haltung zur Regierungsgewalt gebunden?

Es ist, wie Snowden zunächst noch mit ebensoviel Bockheit wie Berechtigung erklärt hat, die Schicksalsfrage der Demokratie. Wenn Majoritäten wirklich nur erbtlich sein wollen, ist ihre wirtschaftliche wie politische Freiheit bereits verloren. Unter den Wirkungen der Depression, die zum erstenmal wieder auf die Begrenztheit des sozialen Lebensraumes aufmerksam macht und die Vorstellung eines sicheren, gleichmäßig ansteigenden Wohlstandes als Illusion erweist, taucht das grundsätzliche Problem der Demokratie auf: findet die Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ihren Weg von der Regierung zum Volke, und gibt das Volk in seiner Mehrheit seinen Konjunktens, auch wenn diese Erkenntnisse und die in ihnen enthaltenen Schlussfolgerungen gegen das nächste Interesse der Mehrheit sind? In England kommt als besondere Schwierigkeit hinzu, daß eine als Regierung so junge sozialistische Partei diese „Probe auf die Demokratie“ noch nicht zu stellen wagt. In Deutschland scheint sie im Prinzip bereits damit beantwortet zu sein, daß nach den Worten des „Oberwerter“ „jede Klasse mit dem grimmen Ernst des deutschen Volkes dabei ist, unter Opfern seine Zukunft zu erarbeiten“.

Regierungswechsel in Peru

Neuquch, 2. März. Die Regierung der südamerikanischen Freistaates Peru, gegen die sich seit mehreren Wochen im Süden und Norden des Landes Aufstände erhoben hatten, ist gestern zurückgetreten. Der Präsident, Oberst Cerro, ist zurückgetreten und eine vorläufige Regierung unter Ricardo Elias gebildet worden.

Die vorliegenden Meldungen zeigen übereinstimmend, daß der gestrige Regierungswechsel in Peru auf das Eingreifen der Flotte zurückzuführen ist, die einen Bürgerkrieg unter allen Umständen vermeiden wollte. Die Führer der Flotte hatten sich durch Augenzeugen davon überzeugt, daß die Erhebung im Süden wie im Norden des Landes weit größeren Umfang angenommen hätte, als offiziell zugegeben wurde, daß also umfassende militärische Operationen nötig gewesen wären, um die Erhebung niederzuschlagen. Die Führer der Marine bezweifelten, daß die Regierung Cerro hierzu die erforderlichen Mittel besäße, und es erschien gleichwohl zweifelhaft, ob die Aufständischen militärisch stark genug wären, um die Hauptstadt Lima zu erobern, wenn auch eine wirtschaftliche Isolierung Limas durchaus im Bereich der Möglichkeit lag.

Am Sonntagmorgen fand deshalb in Lima unter dem Vorsitz des Bischofs von Arequipa eine Konferenz statt, an der Vertreter aller politischen Kreise teilnahmen und in der die politische Lage eingehend erörtert wurde. Nach der Besprechung händigte Cerro an, daß er zurücktreten werde, die von ihm inzwischen zum provisorischen Präsidenten ernannten früheren Mitglieder des Obersten Bundesgerichtes, Ricardo Leoncio Elias, geführt und von den Befehlshabern des Heeres und der Marine unterstützt wird, trat sofort in Verhandlungen mit den Aufständischen ein, um eine Verständigung zu erreichen.

Oberst Cerro hat also nur eine kurze Präsidentenschaft erlebt. Wie erinnerlich, hatte er selbst erst vor wenigen Monaten an der Spitze eines bewaffneten Aufstandes den Präsidenten Leguia, der seit mehreren Jahren die Politik Perus bestimmt hatte, gestürzt.

Verhandlungsschluß in Rom

Rom, 28. Februar. Die englischen Minister Henderson und Alexander sowie die englischen Schiffsverwalter sind um 2 Uhr nachmittags nach Paris abgereist. Der Minister des Auswärtigen Grandi, Marineminister Siranni, der englische und der französische Vizekonsul, die Unterkonsulsekretäre in den Ministerien des Auswärtigen und der Marine sowie Vertreter der Behörden waren auf dem Bahnhof erschienen, um sich von den englischen Herren zu verabschieden.

In Wernberg (Westfalen) haben am Sonntag Stadtverordnetenwahlen stattgefunden. Sie brachten dem Zentrum 10, den Nationalsozialisten 5, der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft 3, den Kommunisten 3 und den Sozialdemokraten 2 Sitze.

Der Personenzug Rempten-München ist Sonntag abend bei der Einfahrt in den Bahnhof Wildpörsried aus bisher unbekannter Ursache mit Lokomotive und Tender entgleist. Verletzt wurde niemand.

Am der schottischen Küste wurde am Sonntag bei schwerem Sturm ein hiesigen treibender Dampfer, wahrscheinlich ein holländischer Fischdampfer, beobachtet. Man befürchtet, daß die Besatzung des Dampfers ertrunken ist.

Im Formazza-Tal ist vom Passelino-Berg eine gewaltige Lamine niedergegangen, die sechs bei einem Tunnelbau beschäftigte Arbeiter verdrückte. Das Formazza-Tal ist ein westlich des Lago Maggiore gelegenes Alpenstal, das einen der nördlichsten Zügel des italienischen Staatsgebietes, eingeschoben zwischen den Schweizer Kantonen Valais und Tessin, bildet.

Brünings Gruß an Oesterreich

Der Curtius-Besuch in Wien

Wien, 28. Februar. Reichskanzler Dr. Brüning hat an Bundeskanzler Dr. Ender folgendes Schreiben geschickt:

Berlin, den 27. Februar. Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! In meinem persönlichen Bedauern treten im letzten Augenblick infolge der innerpolitischen Lage so dringende Geschäfte an mich heran, daß es mir nicht möglich ist, der Einladung der österreichischen Regierung nach Wien Folge zu leisten. Es ist für mich eine wirkliche Enttäuschung, auf diesen Besuch, der mir so sehr am Herzen liegt, vorläufig verzichten zu müssen. Ich hoffe, daß die österreichische Regierung Gelegenheit geben wird, demnächst das jetzt Versäumte nachzuholen. Heute muß ich mich darauf beschränken, Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, meine herzlichsten Grüße zu übermitteln und den besten Wünschen für einen guten Verlauf des Besuchs meines Freundes und Kollegen Dr. Curtius Ausdruck zu geben. Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen. Dr. Brüning.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ender hat in einer Unterredung mit dem Wiener Vertreter des RTW, aus Anlaß des bevorstehenden Besuchs des Reichsaußenministers Dr. Curtius folgende Erklärungen abgegeben:

In den nächsten Tagen wird uns die Freude zuteil werden, den Herrn deutschen Reichsaußenminister Dr. Curtius hier als unseren Gast begrüßen zu können. Leider wird es uns nicht vergünstigt sein, zugleich auch dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning unsere Sympathien persönlich zu bezeugen; wichtige Angelegenheiten, denen er in hoher Auffassung seiner Dienstpflicht sich auch für kurze Zeit nicht entziehen zu dürfen glaubt, haben ihn von der Reise nach Wien abgehalten. Andernfalls wäre es mir lieb gewesen, mit dem Herrn Reichskanzler persönlich zusammenzutreffen und den Staatsmann, vor dessen unter schwierigsten Umständen vollbrachten Leistungen wir aufrichtige Achtung empfinden, näher kennenzulernen.

Vom formalen Standpunkt ist der bevorstehende Besuch des Herrn Reichsaußenministers als Erweiterung des Besuchs zu betrachten, den der gegenwärtige Herr Vizekanzler Dr.

Schöber im Vorjahre als Bundeskanzler in der deutschen Reichshauptstadt abgesehen hat. In Wirklichkeit bedarf aber die Reise des Herrn Ministers Dr. Curtius nach Wien keiner äußeren Begründung. Es ist nicht bloß das Mitglied einer uns befreundeten Regierung, die wir in seiner Person begrüßen werden, sondern der Vertreter der deutschen Nation, dem wir, ein Teil dieser Nation von altersher, unsere herzlichste Gesinnung, die Verwandten den Verwandten bezeugen werden. Auch bei dieser Gelegenheit wird es deutlich werden, daß unsere Beziehungen zu Deutschland durch Gefühle besonderer Innigkeit gekennzeichnet sind. Das ist eine Tatsache, die in historischen, nationalen und kulturellen, aber auch in wirtschaftlichen Gründen verankert ist, und der Rechnung zu tragen wir uns vom natürlichen Recht bevollmächtigt fühlen.

Wir haben den Herrn Reichsaußenminister Dr. Curtius in Genf an der Arbeit für einen wirklich europäischen Frieden gesehen, und es war uns zu unserer Genugtuung gedient, ihn nach unseren Kräften bei dieser Arbeit unterstützen zu können. Die Haltung, die Minister Curtius namens des Deutschen Reiches in der Abrüstungskonferenz angenommen hat, scheint gerade in diesen Tagen durch die sich abspielenden Verhandlungen der Mittelmächte, in der Abrüstungsfrage einen Schritt vorwärtskommen gerechtfertigt. Wir möchten wenigstens hoffen, daß Deutschland in diese entscheidenden Angelegenheiten nicht ein Ruder in der Wüste gewesen sein soll. In jenem Erfolg der deutschen Politik ist auch Oesterreich, das nur im Frieden und durch den Frieden, nur in einem Europa leben kann, das seine Mittel und Kräfte statt den Vorbereitungen zu neuer Fortführung, dem Aufbau einer neuen gesunden Weltwirtschaft widmet, auf das schärfste interessiert.

Auf Deutschland lastet wie auf uns die Weltwirtschaftskrise mit besonders empfindlichem Druck. Diese furchtbare Krise zwingt beide Regierungen, alle verfügbaren Kräfte dem Aufbau der Wirtschaft und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu widmen. So ergibt sich von selbst, daß die Wiener Annäherung des deutschen Staatsmannes auch zu wirtschaftlichen Besprechungen bemüht wird, die selbstverständlich im Sinne einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit geföhrt werden und von denen zu hoffen ist, daß sie beiden Staaten zum Vorteil gereichen mögen.

Der Besuch des Herrn Reichsaußenministers Dr. Curtius wird uns eine tröstliche Pause in unseren Sorgen bedeuten; auch um deswillen ist er uns höchst willkommen. Wir senden ihm und dem Deutschen Reich unsere herzlichsten Grüße entgegen und denken in hoher Achtung und Verehrung der ragen den Gestalt des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg. Die Tage des deutschen Besuchs werden für Oesterreich Festtage sein.

Nichts Neues in Braunschweig

Ergebnisse der Kommunalwahlen

Im Freistaat Braunschweig haben gestern Kommunalwahlen stattgefunden, deren Ergebnis als Stichprobe für die seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 eingetretene Verschiebung der Stimmung in der Wählerschaft gewertet wird. Diese Wertung ist aber mit Vorsicht vorzunehmen, da bekanntlich ein Teil der Wählerschaft bei Kommunalwahlen eine ganz andere Stellung einnimmt als bei Reichstagswahlen.

Unter diesem Vorbehalt kann aus den Braunschweiger Kommunalwahlen geschlossen werden, daß die Stimmung seit dem 14. September 1930 sich nur wenig geändert hat und daß eine Neuwahl des Reichstages in gegenwärtigen Zeitpunkt keine grundlegenden Verschiebungen bringen würde. — Einen größeren Gewinn haben nur die Kommunisten zu verzeichnen, die den Sozialdemokraten rund 6000 Stimmen abgenommen haben. Die Nationalsozialisten haben trotz einer starken Propaganda (Hitler selbst war bekanntlich nach Braunschweig gekommen) keinen wesentlichen Fortschritt erzielen können; sie haben in der Stadt Braunschweig 2000 Stimmen gewonnen, aber im Landkreis Braunschweig insgesamt verloren.

Wir lassen nun die Einzelergebnisse der Wahlen zu den Stadtverordnetenkollegien und Landkreistagen folgen, um unseren Lesern ein eigenes Urteil zu ermöglichen:

Stadt Braunschweig: Sozialdemokraten 37 672 (Reichstagswahl 1930: 41 621), Kommunisten 12 236 (8828), Nationalsozialisten 37 040 (25 262), Deutschnationalen 4471 (4000), Nationale Einheitsliste 7924, Mittelstandsliste 6200, Staatspartei 1427 (2968). — Mandate: Sozialdemokraten 14 (19), Kommunisten 4 (1), Nationalsozialisten 10 (1), Nationale Einheitsliste, Deutschnationalen und Mittelstandsliste 7 (12).

Stadt Wolfenbüttel: Sozialdemokraten 2440 (gegenüber 2063 bei der letzten Reichstagswahl), Nationalsozialisten 3062 (3815), Kommunisten 1833 (1609), Bürgerliche Einheitsliste 2151 Stimmen.

Braunschweig-Land: Sozialdemokraten 9624 Stimmen (gegenüber 11 287 bei der Reichstagswahl am 14. 9.), Nationalsozialisten 7230 (8673), Kommunisten 1646 (1253), Nationalsozialistische Einheitsliste 5710 Stimmen.

Kreis Helmstedt: Sozialdemokraten 15 574 (Reichstagswahl 18709), Nationalsozialisten 16 021 (16 706), Kommunisten 3500 (2244), Nationale Front der Deutschnationalen Volkspartei 4040 (Deutschnationalen 2979), Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft 5550 Stimmen.

Kreis Verden: Sozialdemokraten 15 067 Stimmen (bei der Reichstagswahl 1930 17 538 Stimmen), Nationalsozialisten 12 267 (11 921), Kommunisten 2474 (2091), Deutschnationalen Volkspartei 2660 (2865), Mittelstandsliste 4906, Nationale Einheitsliste 2812 Stimmen.

Kreis Hildesheim: Sozialdemokraten 12 305 (letzte Reichstagswahl 14 225), Nationalsozialisten 7677 (7218), Kommunisten 2035 (1500), Nationalsozialistische Einheitsliste 4000, Nationale Mittelstandsliste 1629 Stimmen.

Kreis Ganderheim: Sozialdemokraten 13 950 (letzte Reichstagswahl 15 122), Nationalsozialisten 8541 (7047), Kommunisten 1058 (950), Nationalsozialistische Einheitsliste 4065 Stimmen.

Kreis Lüneburg: Sozialdemokraten 7920 (letzte Reichstagswahl 8410), Nationalsozialisten 6750 (5581), Kommunisten 3196 (3451), Bürgerliche Einheitsliste 4293, Deutsche Staatspartei 370 (850) Stimmen.

Die Verfassungsanträge der Volkspartei

Rön, 2. März. Auf Einladung des Wahlkreisesverbandes Rön-Laden der Deutschen Volkspartei hielt deren Führer Reichstagsabgeordneter Dingeldey in der großen Rathsalle gestern eine Rede, in der er u. a. vom Nationalsozialismus mehr Verantwortungsgesühl forderte. Zum Schluß beleuchtete er das Problem: „Reich — Preußen“ und stellte die Einbringung folgender Anträge der Deutschen Volkspartei für die kommende Woche in Aussicht: Heraussetzung des Wahlalters, Schaffung einer ersten ständischen Kammer neben dem Reichstage und Verfassung des Reichspräsidenten zum Oberhaupt des preussischen Staates.

Umfangreicher Schwindel mit Mitbesitzanteilen

Dresden, 2. März. Nach dem Inkrafttreten des Deutschen Anleihe-Abkommengesetzes ist die Stadtverwaltung Dresden durch Einreichung gefälschter Mitbesitznachweisungen bei der Aufwertung nicht unerheblich geschädigt worden. Bei den Erörterungen des Kriminalamtes Dresden deuteten verschiedene Umstände darauf hin, daß beträchtliche Beträge in größerem Umfang auch in anderen Städten Deutschlands verliert worden waren. Die Spur wies nach Amsterdam. Das Kriminalamt entsandte sofort einen Kriminalbeamten nach Holland, dem es glückte, viel wichtiges Material in die Hände zu bekommen. Es ergab sich, daß die Einreicher der Stiche zu einem Konjunktium gehörten, die unter der Führung eines in Amsterdam ansässigen Eschlermales standen. Dieser hatte durch Vermittlung in Berlin wohnender Personen große Posten deutscher Stadt- und Provinzianleihen — ausen von Dresden und Leipzig auch von Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Münster, Stuttgart u. a. — aufkaufen und durch Mittelpersonen nach Holland bringen lassen. Dort wurden die Stiche als Mitbesitz, der bekanntlich höher aufgewertet wurde, frisiert. Es wurden Nummernverzeichnisse und Erklärungen angefertigt, wonach die Papiere angeblich seit dem in Frage kommenden Stichtag im Besitz der Einreicher gewesen waren. Die Verzeichnisse wurden notariell beglaubigt. Als Eigentümer der Stiche fungierten die Hellscherler des Bankers, meist ältere Leute, die für ihre Gefälligkeit eine kleine Entschädigung erhielten. Die Formulare wurden mit gefälschten Unterschriften den Stadtverwaltungen vorgelegt. In einem Falle hatten die Betrüger einem Provinzialverband einen Posten von 3500 000 Papiermark-Anleihe unter dem Vorwand eingereicht, der Eigentümer sei in Indien gewesen und habe die Anmeldung der Papiere nicht rechtzeitig bewirken können. Ziel die Entscheidung der Stadtverwaltungen ungünstig aus, so gingen die Betrüger sogar so weit, Beschwerde bei den zuständigen Spruchstellen einzureichen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, hat der Hauptbeteiligte in etwa 100 Fällen deutsche Stadt- und Provinzialverwaltungen betrogen und schätzungsweise einen Reingewinn von über einer halben Million Mark erzielt. Nach den umständlichen Erörterungen des Kriminalamtes kommt er zu weiteren ähnlichen Betrügereien gegenüber anderen ausländischen Staaten — China, Mexiko, Serbien, Rumänien — in Frage. Der Schaden der Stadtverwaltung Dresden beträgt nach den vorläufigen Feststellungen circa 28 000 RM, woraus inzwischen nennhafte Beträge zurückgefordert worden sind. In Leipzig dürfte der Schaden ungefähr 120 000 RM. betragen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsausichten: Bevorstehende Nacht allgemein, stellenweise ziemlich erheblicher Nachtfrost. Tagesüber Temperaturanstieg. In der Ebene wahrscheinlich unter Null. Verminderte Bewölkung. Abflauende Luftbewegung. Veruhigung und Wetterbesserung voraussichtlich nicht von Dauer.

Notizen

Parteilosigkeit Neutralität?

Zur Durchführung des Volksbegehrens des Stahlhelms auf Auflösung des Preussischen Landtages werden bezugsweise Arbeitsausschüsse gebildet, an denen außer den Deutschnationalen auch andere rechtgerichtete Parteien beteiligt sind...

Das weibliche Schönheitsideal von heute.

Einige Tugend junger Ungarinnen fanden sich kürzlich der modernen Unsitte folgend zum Wettbewerb um den Titel der Schönheitskönigin von Budapest ein.

Wir finden diese Geschichte gar nicht merkwürdig. Die Damen haben so lange danach gestrebt, in allen Dingen recht männlich zu sein, daß es eigentlich nur logisch ist, wenn jetzt als „Schönheitskönigin“ eben ein Mann gewählt wird.

Ein unaufmerksames Mäuschen.

Ueber die Rundgebung der Dresdner Zentrumsjugend bringt der „Freiheitshampf“ (Nr. 49) einen Bericht, der jeden Teilnehmer dieser Rundgebung mit großer Heiterkeit erfüllen muß.

* Bei Hitler gelandet. Ernstspräsident Walter Erbkner ist zu der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei übergetreten.

Nachrichten aus dem Lande

Leipzig und Umgebung

Freie Vermittel in den Volksschulen. Infolge der außerordentlich ersten Finanzlage der Stadt Leipzig haben im Haushaltsplan 1931 die Beträge für die Gewährung freier Vermittel in den Volksschulen wesentlich herabgesetzt werden müssen.

Auswärtiger Besuch wissenschaftlicher Sammlungen in Leipzig. Unter Führung des Südamerika-Forschers Prof. Dr. Karl Troll besuchte das Geographische Institut der Berliner Universität das Leipziger Museum für Länderkunde.

Ausbau der Oeffentlichen Höheren Handelsschule in Burgun. Dem Wunsch nach Ausbau der Oeffentlichen Höheren Handelsschule durch Angliederung einer Sexta und Quinta hat nunmehr das Wirtschaftsamtsministerium im Einvernehmen mit dem Volksbildungsamtsministerium entsprochen.

Der Weiterbetrieb der Kristall-Röhre Burgun gelichert? Wie verlautet, soll die Weiterführung der Burgener Kristallröhrenwerke und Versuchfabriken durch Übernahme von 200.000 RM. Vorkapital durch die städtischen Körperschaften gesichert sein.

Aus der Lausitz

Harzer Reich in Zerna.

Zerna bei Rosenthal. Im Gasthaus zu Zerna sprach Herr Harzer Reich am Freitag, den 27. Februar, vor mehr als 150 Personen über Zentrumspolitik einst und jetzt.

Reiseprüfung an der Kath. Oberschule Baugen.

Baugen. Die diesjährige mündliche Reiseprüfung an der katholischen katholischen Oberschule fand am 23. und 24. Februar unter Vorsitz des Herrn Oberstudiendirektors I. R. Prof. Dr. Poland statt.

Am Sonnabend 11.30 Uhr fand im Festsaal der Schule die Entlassung der Abiturienten statt. Die Feier, an der u. a. die Herren Domdekan Hartmann als Vertreter der Kulturbehörde und Apothekenbesitzer Leidler als Vorsitzender des Elternausschusses teilnahmen, wurde eingeleitet durch die vom Schuldirektor gebotene Overtüre „In No Pastore von Mozart.

Die Entlassungsrede des Herrn Rektor Löbmann behandelte das Horazische Wort „Carpe diem“.

an die Abiturienten aus. Der Schuldirektor sang das Komitat von Mendelssohn. Mit dem Teudeum schloß die eindrucksvolle Feier.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Eisenbahnfrevel.

Chemnitz, 2. März. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde auf dem an der Linie Chemnitz-Stollberg gelegenen Bahnhof Neuhirshheim-Klassenbach ein Bahnfrevel verübt.

Erstoraen aufgefunden.

Plauen, 2. März. Die seit mehreren Tagen vermißte Schifahrerin Charlotte Steinhäuser aus Plauen, nach der bisher vergeblich Streifen gesucht hatten, ist am Freitagmorgen auf Hochschlosswäldchen Gebiet mit einem Weinbrunnen erstoraen im Walde aufgefunden worden.

Verdoppelte Biersteuer in Plauen. Wie der Rat der Stadt Plauen mitteilt, werden mit Wirkung vom 1. März 1931 durch die Kreisoberaufsicht in Anbetracht des dringenden Finanzbedarfes der Stadt die doppelten Biersteuererhöhen erlassen.

Verhängnisvolle Explosion einer Benzinflasche. Aus Plauen wird gemeldet: Durch Explosion einer Benzinflasche hat sich die Währige Hauswirtschafterin Martha Engelmann schwere Verbrennungen zweiten Grades an Kopf, Brust und beiden Armen zugezogen.

Zentralrat des Katholischen Gesellenvereins

Nachdem Mitte Februar im Schulsaal der Katholischen Gesellenvereins in Leipzig die im Deutschen Seniorat vereinigten jugendlichen Vorkämpfer der einzelnen Dützelsverbände des Gesellenvereins zu wichtigen Zeitströmungen Stellung genommen hatten, tagten am 24. und 25. Februar im Hause des Gesellenvereins in Köln die im Deutschen Zentralrat zusammengeschlossenen geistlichen Dützelsleiter.

Die Dützelsanprädes interessierten sich zunächst für die vom Deutschen Seniorat gefassten Beschlüsse, die des Gesellenvereins Stellung zu den Wehrformationen, zu der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und zur Form seiner politischen Betätigung klar und bestimmt darstellten.

Die Tagung des Deutschen Zentralrates wurde weiterhin angefüllt mit einem Referat des Universitätsprofessors Dr. Schöner, Bonn, der das Thema Volk und Staat im Richte katholischer Gesellschaftsauffassung von hoher geschichtlicher Werte aus in umfassender Weise ausfüllte.

Der gelbe und der grüne Faden

Roman von Frank Heller. (46. Fortsetzung)

Ich wählte Englisch. Freilich bin ich im Englischen noch weniger bewandert als im Französischen, aber ich hoffte, daß dies auch bei Laplace der Fall sein würde, und daß er darum gegen das, was ich schrieb, weniger kritisch sein würde.

„Lieber Mr. Graham!

Sie müssen entschuldigen, wenn ich Sie um diese Zeit mit einem Briefe belästige, aber es sind Dinge vorgefallen, die mich in eine überaus eigentümliche Situation gebracht haben.

Ihr aufrichtig ergebener Freund

Richard Hegel.

Ich hatte „Ihr aufrichtig ergebener Freund“ gewählt, weil diese Unterschrift mir einen tieferen Sinn zu bergen schien. Auch „Belustigt“ der mich hindert, mich von hier fortzubewegen“ schien mir gut formuliert.

„O nein“, sagte er kurz. „Streichen Sie zu Hilfe. Das klingt, als wollten Sie ihn eher warnen als herrufen. Ich hoffe es in Ihrem eigenen Interesse, daß Sie das letztere wollen.“

Ich reichte den Brief Laplace, und er las ihn durch. Dann sah er mich mit unwirsch herabgezogenen Mundwinkeln an. Sollte das ein Lächeln vorstellen?

Ich atmete unwillkürlich erleichtert auf. Den Ausdruck, den er beanstandete, hatte ich allerdings nicht ohne tieferen Sinn geschrieben, aber es schien mir, daß dieser unangelegentlich Sinn ohnehin schon aus dem Brief hervorging.

Ich schrieb den Brief eiligst noch einmal, konvertierte ihn und schrieb die Adresse. Dann sah ich meinen ungeliebten Gast erwartungsvoll an. Ich hegte die Hoffnung, daß er auf die Straße gehen würde, um einen vorbeipassierenden aufzuhalten und den Brief auf diese Weise zu expedieren.

Mit dem Briefe in der Hand stieg er einen leisen Pfiff aus: w-u-u-i-t.

Ich starrte ihn an. Es sah aus, als erwarte er, daß daraufhin etwas geschehen würde. Was? Hatte er einen Geist zu seiner Verfügung wie Aladdin? Es zeigte sich, daß er etwas zu seiner Verfügung hatte, aber es war kein Geist, wenn es auch ebenso rasch und geräuschlos kam.

Es war eine Person, die ich völlig vergessen hatte — Laplaces chinesische Diener. Er stand plötzlich im Zimmer, mit ebenso ausdruckslosem Gesicht wie immer.

Laplace reichte ihm den Brief und murmelte etwas in einer unbekanntem Sprache. Er verschwand ebenso lautlos, wie er gekommen war.

wieder allein mit meinem Vant. Ich kam müde aus dem Sessel vor dem Schreibtisch zusammen. Laplace hatte sich auf den Fauteuil gesetzt, eine lange Zigarre herangezogen und sie angezündet.

Der Rauch von Laplaces Zigarre lag in dicken Spiralen auf, wegte durchs Zimmer und zitterte in der stillstehenden Luft. Seine Augen funkelten matt unter den Lidern.

Ja, was denn? Ich war plötzlich erwacht. Da sah Laplace mir gegenüber, so wirklich wie nur je, und mit ebenso geistesabwesendem Blick. Sie und da fiel eine Aftenszene von seiner Zigarettenspitze herab.

Doch, was war dies? (Fortsetzung folgt)

